

Osterweiterung der Europäischen Union: Elitenprojekt und soziale Ernüchterung

Miroslaw Matyja, Bern

Die Osterweiterung der EU wird weitreichende Konsequenzen für den Charakter und die Perspektiven der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Europa haben. Das Verhältnis zwischen Erweiterung einerseits und Vertiefung der Integration andererseits ist heute immer noch ungeklärt und schwierig vorauszu sehen. Es ist auch nicht erkennbar, ob und wie die EU der sich daraus ergebenden sozial- und regionalpolitischen Verantwortung gerecht werden will. Im Fall der Osterweiterung geht es nicht um die Aufnahme einzelner Mitgliedstaaten mit vergleichbarem wirtschaftlichen und sozialen Zuschnitt, sondern um die Zusammenführung zweier sehr unterschiedlicher Teile Europas.

Auch wenn die EU mit der wirtschaftlichen Integration einzelner weniger entwickelter Volkswirtschaften Erfahrungen vorweisen kann, fehlt es bisher an effizienten Instrumenten, um die gesamte mitteleuropäische Region mit einem deutlich geringeren Entwicklungsniveau als die ärmsten unter den EU-Ländern an das Wirtschaftsniveau der Union heranzuführen. Warum lassen sich unter diesen Umständen die EU-Mitgliedsländer, aber auch die mitteleuropäischen Länder (MOEL) auf den riskanten Osterweiterungsprozess ein? Diese Frage ist nur zu beantworten, wenn man sich ernsthaft mit den hinter dem Prozess stehenden Interessen und Beweggründen beschäftigt.

Die Rolle der Eliten im Prozess der Osterweiterung

Bei Eliten handelt es sich um „(...) all diejenigen Personen, die über längere Zeit auf Grund bestimmter Handlungsressourcen und besonderen, in der Regel privilegierten Handlungschancen, Adressaten spezifischer Erwartungen größerer Bezugsgruppen sind und deren Entscheidungshandeln oder Situationsdeutungen für größere Bevölkerungsgruppen handlungsrelevant oder meinungsbildend werden“ (Sterbling 2001: 41–42). Politische Eliten werden verstanden als führende Machtkreise, insbesondere die Vertreter der höheren Bürokratie oder führenden Gremien der politischen Gruppierungen. Es sind meinungsbildende Kreise und Autoritäten, die mit den einzelnen ideologischen Richtungen verbunden sind (Zarnowski 2000: 264). In historischen Schlüsselsituationen beteiligen sich bestimmte Elitengruppen an der Entwicklung und Übernahme neuer politischer und kultureller Ideen und Verhaltensmuster und an der Durchsetzung institutioneller Innovationen. Sie treten auf als Träger neuer institutioneller Ordnungen und von Modernisierungsvorgängen.

Das Ende der kommunistischen Diktaturen ist nicht zuletzt das Ergebnis der internen Auseinandersetzungen zwischen den Führungskräften im kommunistischen Herr-

schaftssystem und jüngeren, in die Elitenpositionen drängenden Funktionären und Technokraten der mittleren Ebene, deren weiterer Aufstieg durch die zunehmende Immobilität des Systems blockiert war. Ende der Achtzigerjahre kam es zu einem eliteninternen Konflikt zwischen ideologisch geprägten Machteliten und technokratisch orientierten Funktionseliten. Beim Systemwechsel fand in allen ehemaligen kommunistischen Ländern ein Elitenwechsel statt, aber die neuen Eliten stammen zum großen Teil aus den privilegierten Bevölkerungskreisen des alten Systems. Die Herausbildung alternativer Eliten war weitgehend eingeschränkt, da die Aufstiegsprozesse vor dem Umbruch politisch reguliert und von ideologischer Konformität abhängig waren.

Betrachtet man die Rolle der Eliten im gegenwärtigen Modernisierungs- und Transformationsprozess, bemerkt man eine weitgehende Öffnung und Hinwendung zum Westen mit der Option des Beitritts in die Europäische Union und NATO.

Die bisherigen Debatten über die Osterweiterung werden bis heute vornehmlich von den politischen Eliten und Experten geführt, die eine breite öffentliche Diskussion in den eigenen Ländern lancieren. Sie sind sich darüber im klaren, daß in ihrer Öffentlichkeit nur dann eine breite Zustimmung für die Osterweiterung zu erreichen sein wird, wenn diese sich in die Logik der bisherigen Integration in Europa einfügt, indem sie eine weitgehende Öffnung zur Europäischen Union anstreben. Sie setzen sich dabei für die Übernahme demokratischer, marktwirtschaftlicher und pluralistischer Ordnungsmuster ein und stellen sich als Vertreter universalistischer Werte dar. Deswegen setzen die westorientierten Eliten in den mittel- und osteuropäischen Staaten auf die zugleich mobilisierende und integrierende Kraft des Leitbildes „Europa“ oder „Zurück nach Europa“, um für den Transformations- und Modernisierungskurs in ihren Bevölkerungen Akzeptanz zu schaffen.

So gesehen liegt der Strategie und Politik der Osterweiterung vor allem ein politisches Konzept zugrunde, dessen Ziel ist es, einerseits für die westeuropäischen Länder die Angst vor der Öffnung der Europäischen Union nach Osten zu minimieren und andererseits den mittel- und osteuropäischen Ländern die Osterweiterung schmackhaft zu machen (vgl. Watson 2000). Doch ein Vergleich der Ziele und Motive, welche die westeuropäischen und die mitteleuropäischen Staaten mit der Osterweiterung verknüpfen, zeigt, dass diese sehr unterschiedlich sind.

Während das gemeinsame Ziel der Erweiterungspolitik der EU-Staaten darin besteht, kontinental und global mehr Macht und Handlungsfähigkeit ohne Verlust an Sicherheit und eigener Identität zu erreichen, ist die Politik der

mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten primär darauf gerichtet, die Folgen der Transformations- und Modernisierungskrise zu überwinden und eine möglichst schnelle Eingliederung in die westeuropäische Gemeinschaft zu erreichen (Brusis 2001: 53–60).

Bei den Motiven der Osterweiterung ist auf beiden Seiten eine starke Asymmetrie zugunsten der Europäischen Union auffällig. Für die westeuropäischen Eliten steht außer Frage, daß mittel- und osteuropäische Kandidaten den *acquis communautaire* und die Beitrittsbedingungen ausnahmslos übernehmen. Die mittel- und osteuropäischen Eliten ihrerseits akzeptieren die von der Europäischen Union vorgegebene Richtung der europäischen Entwicklung. Da sie keine andere Wahl haben, nehmen sie die Integrationspolitik der EU in Kauf. Die EU stellt die derzeitigen Bewerberländer vor die Herausforderung, sich an den Normen der EU-Mitgliedsstaaten messen lassen zu müssen (vgl. Matyja 2002: 8). Diese Normen sind unterdessen viel höher als die, an denen seinerzeit Griechenland, Portugal und Spanien gemessen wurden. Sie erweitern sich ständig, denn auch die Vertiefung der Europäischen Union schreitet voran. Und je lernwilliger die Beitrittskandidaten den Empfehlungen der Brüsseler Institutionen und dem Beispiel der westeuropäischen Länder folgen, desto sicherer können sie mit ihrer Unterstützung und Hilfe rechnen. Und erst dann, wenn sie alle erforderlichen Bedingungen aus eigener Kraft erfüllen, dürfen sie der EU beitreten.

In diesem Kontext muss man sich nach der Identität, Legitimität und Selbstachtung der MOEL nach dem Beitritt fragen. Manövrieren sie sich nicht in die Rolle des Schülers des westeuropäischen Lehrers, von dessen Anerkennung weitgehend ihr Schicksal abhängt? Um die politische Macht in den eigenen Ländern zu gewinnen bzw. zu behaupten, akzeptieren die westorientierten Reformeliten in den Kandidatenländern kompromisslos die Dominanz der EU-Staaten.

Was auf den ersten Blick wie eine fast alternativlose politische Strategie aussieht, hat seine politischen Schwächen. Langsam zeigen sich die Grenzen der Hegemoniepolitik der westeuropäischen Staaten und der westeuropäisch orientierten Strategie der mittelosteuropäischen Eliten. Das Gefühl von Skepsis und Unsicherheit nimmt in den MOEL zu, der Prozess der Erweiterung wird als Bedrohung lokaler Wirtschaftsinteressen und der eigenen Identität wahrgenommen (Ackermann 2001: 3–5). Es ist auch immer schwieriger zu glauben, dass die Osterweiterung ein Gewinnspiel ist, bei dem alle gewinnen können. Trotz dieses unbefriedigenden Tatbestands verbreiten viele funktionäre und politische Verantwortliche Erweiterungs-optimismus und stützen sich auf Wirtschaftsprognosen, die positive Effekte der Osterweiterung postulieren. Dabei sind seriöse Prognosen über einen Zeitraum von mehreren Jahren selbst für die heutigen Mitgliedstaaten kaum machbar.

Wie sich die Relevanz und der politische Einfluss der Eliten weiterentwickeln wird, hängt unter anderem vom Fort-

gang der Modernisierungsprozesse in den einzelnen MOEL ab. Nicht zu vergessen ist dabei die Bedeutung der Eigeninteressen der Elitengruppen. Der Niedergang der kommunistischen Herrschaft wurde von eliteninternen Auseinandersetzungen mit angetrieben, die mit dem Drang auf die Elitenposten begründet waren. Auch in der gegenwärtigen Situation kann man wohl feststellen, dass die Eigeninteressen der verschiedenen Elitengruppen letztlich ihr politisches Verhalten bestimmen und die weiteren Modernisierungsprozesse noch keineswegs endgültig definiert sind.

Gefahr einer sozialen Ernüchterung?

Der Unterschied zwischen Beitritt und Integration im Prozess der Osterweiterung wird oft unterschätzt. Der Beitritt ist eine Abfolge formaler Verfügungen über die einseitige Inkorporierung festgelegter Normen (*acquis communautaire*) in das Rechtssystem der Beitrittsländer. Integration dagegen wird im weiteren Sinne als Konvergenzprozess verstanden, der einen strukturellen Wandel als Grundlage für Wirtschaftswachstum verlangt (vgl. Langewiesche/Tóth 2002: 89–108). So verstandene Integration ist ein Prozess, der in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und auch mit Hilfe bilateraler Vereinbarungen mit den EU-Ländern organisiert werden muss (vgl. Mayer/Scharrer 1997). Dabei sollte man den Schwerpunkt auf die Strukturpolitik und weniger auf diplomatische Anstrengungen legen, um eine möglichst breite Integration zu bestmöglichen Bedingungen auszuhandeln. Man darf dabei nicht vergessen, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Beitrittsländern nicht zu unterschätzen sind: Zum Beispiel bezüglich der Landwirtschaft, des Bruttosozialprodukts pro Kopf oder der wirtschaftlichen Struktur (Laws 2001: 127–154).

Die Integration, im Sinne der Öffnung der Wirtschaft für freie Waren-, Kapital- und Dienstleistungsströme, ist in den MOEL bereits nach den Assoziierungsabkommen mit der EU zustande gekommen und ihre Wirtschaft ist seit längerer Zeit für den freien Wettbewerb offen (vgl. Heitzer-Susa 2001). Die damit verbundene Herausforderung benötigt nicht nur Beitrittsverhandlungen und Strukturfonds zur Vorbereitung auf den Beitritt, sondern eine nachhaltige Strukturpolitik (vgl. Laws 2001). Das heißt, dass Mittel aus den Strukturfonds nicht nur für die Beitrittsvorbereitungen, sondern auch für die Umstrukturierung und Entwicklung verwendet werden sollen. Wenn auch die Integration und Erweiterung wirtschaftlich mittlerweile schon sehr weit fortgeschritten sind, sind sie jedoch politisch und sozial noch nicht eingebunden. Dabei wird immer klarer, dass die grundlegenden Hindernisse für die Integration der MOEL in die EU und die Defizite in der Vorbereitung dieser Länder auf den Beitritt vor allem das Resultat politischer und sozialer Faktoren sind. Das Beispiel Portugals und Spaniens hat in der Vergangenheit gezeigt, wie wichtig die politische und soziale Integration in Europa für diese Länder war.

Erstmals in der Geschichte der europäischen Integration soll es im Fall der Osterweiterung finanziell zu einer „Null-

runde“ kommen, was bedeutet, dass eine relative Aufstockung des EU-Haushalts nicht geplant ist. Die Beitrittsländer sollen den Besitzstand der EU übernehmen, der mit einem Katalog von detaillierten Forderungen und Regelungen in den zukünftigen neuen EU-Ländern verbunden ist. Dieser Katalog muss noch vor dem Beitritt in jedem Einzelfall von der EU-Kommission abgesegnet werden. Tatsache ist aber, dass die vorrangig durch ökonomische Interessen motivierte Osterweiterung von den Bevölkerungen der Beitrittsländer mit hohen sozialen Kosten bezahlt werden muss (Langewiesche/Tóth 2002: 32–54). Sie werden auch die zusätzlich benötigten Ressourcen nach erfolgreichem Beitritt aufbringen müssen. Die wichtigsten sozialen Anpassungsmaßnahmen wurden dabei in den MOEL noch nicht durchgeführt. Die Einkommensschere zwischen einer kleinen Oberschicht und einer immer größer werdenden Gruppe, die am Rande des Existenzminimums oder in Armut lebt, öffnet sich ständig weiter. Zu den Transformationsverlierern gehören hauptsächlich Bewohner von Krisenregionen, alleinstehende Frauen, Familien mit nur einem Einkommen, Rentner und Angehörige ethnischer Minderheiten (vgl. Regulska 2001).

Die ungelösten sozialen Probleme zeigen deutlich, wie fragwürdig die einseitige Übertragung westeuropäischer Politikmuster auf einen sozial und kulturell andersartigen Kontext in den MOEL sein kann. Die westeuropäischen Staaten verdrängen (oder vergessen sogar) die Tatsache, daß sich diese Muster in ihren Gesellschaften in zunehmendem Maße als wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch problematisch erweisen. In allen Mitgliedsländern gibt es eine Konvergenz der Krisenphänomene: strukturelle Arbeitslosigkeit, Krise der Arbeitsgesellschaft, Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme, öffentliche Verschuldung, Zunahme der sozialen und regionalen Disparitäten, unbewältigte Vereinbarkeit ökonomischer und ökologischer Herausforderungen, Legitimationsdefizite der politischen Systeme, Unreformierbarkeit der Bildungssysteme, soziale Probleme der Großstädte usw. Die Integration Europas als Basis für ein friedliches Zusammenleben der Völker hat nur dann einen Sinn, wenn sich die Europäische Union nicht nur zu einer Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch zu einer Sozialunion weiterentwickelt. Sozialpolitik nach der Osterweiterung muß Vorrang in der Europäischen Union erhalten, wobei die wichtigsten Ziele sind:

- Sinnvolle und existenzsichernde Arbeit für alle Menschen in der EU;
- Bildung, Erziehung und soziale Sicherheit für alle Menschen in der EU;
- Auf- und Ausbau des sozialen Dialogs zwischen den Sozialpartnern;
- Förderung der Gleichheit zwischen Männern und Frauen;
- eine humane und integrationsfördernde Einwanderungs- und Asylpolitik der EU.

Eine stärkere Befürwortung des EU-Beitritts wird davon abhängen, ob es gelingt, der Bevölkerung in den MOEL

die oben genannten Ziele glaubhaft zu vermitteln. Was bedeutet dies für die gesellschaftlichen Grundlagen des Einigungsprozesses, nun nicht nur aus west-, vielmehr aus gesamteuropäischer Perspektive? Sollte dieser Prozess tatsächlich zur Zersetzung der sozialen Kohäsion beitragen, dann wird seine Legitimität, früher oder später, gewaltigen Schaden nehmen. Alle institutionellen Probleme, auf die sich die Aufmerksamkeit wieder einmal zuzuspitzen scheint, müssen dem gegenüber verblassen.

Zudem ist das europäische Modell des Sozialstaats aufgrund des Globalisierungsdrucks und des demographischen Wandels immer stärker umstritten. Die Europäische Union ist entweder als Ganzes oder in Gestalt ihrer multinationalen Konzerne voll in den Transnationalisierungsprozess des Weltkapitalismus eingebunden und damit integraler Bestandteil eines globalen Markts, dem sich kein Mitgliedsland entziehen kann. Welche Interaktionen sich hier vollziehen und was sie für den gesamteuropäischen Einigungsprozess bedeuten, ist weitgehend unbekannt oder wird auch verdrängt. Die oft von der Politik verbreitete Behauptung, dass Globalisierung und Regionalisierung letztlich einander harmonische Prozesse darstellen, gehört ergänzende, zu den sozial teuer bezahlten Illusionen.

Dezentralisierung in der EU als Chance für den Erweiterungsprozess

Ich habe auf die Tatsache hingewiesen, dass die Europäische Union nicht nur ein Markt oder eine einheitliche Währung ist; ihr unterliegt eine soziale und politische Vision. Was bedeutet schließlich die Errichtung des EU-Binnenmarktes, wenn er die Arbeitslosigkeit nicht verringert und den beteiligten Nationalstaaten die Kontrolle über die Wirtschaft entzieht? Deswegen ist zu betonen, dass die Europäische Union spätestens mit ihrer Öffnung gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten vor einem Paradigmenwechsel steht.

Es besteht sicher ein Spannungsfeld zwischen der Förderung von Demokratie und der Entwicklung der EU im Hinblick auf die künftige Vertiefung der Integration in Europa. Die Europäische Union hat bereits ein Entwicklungsstadium erreicht, in dem es im Interesse einer Neuorientierung angebracht erscheint, sich endgültig von der Form eines europäischen Bundesstaates zu verabschieden und ein offenes Mehrebenensystem von Institutionen zu gestalten (vgl. Grande/Jachtenfuchs 2000). Viele Argumente sprechen für eine stärkere Dezentralisierung der ausführenden Aufgaben und der Institutionen im System der EU. Nur so wird es möglich sein, die größer werdende innere Vielfalt an Kultur, Interessen und Entwicklung nach der Osterweiterung produktiv zu verarbeiten und in einer entsprechenden Integrationslogik zusammenzuführen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die dezentralen Strukturen im europäischen Mehrebenensystem durch die Institutionenordnung der Mitgliedstaaten geprägt werden, müssen bei der Bewertung der Demokratie in der

EU nationale Unterschiede berücksichtigt werden. Hieraus ergibt sich ein grundlegendes Gleichgewicht zwischen den Organen, die das europäische Recht setzen, das in einer spezifischen Teilung von legislativer und exekutiver Gewalt und einer Verpflichtung zur Zusammenarbeit zum Ausdruck kommt. Mehrebenensysteme konzentrieren sich auf die gegenseitige Abhängigkeit und Interaktion der verschiedenen Entscheidungsträger und politischen Akteure auf allen Ebenen und tragen dazu bei, die Bedingungen für diese Zusammenarbeit zu vertiefen.

Bei Mehrebenensystemen liegt das Schwergewicht auch auf der Mitwirkung nichtstaatlicher Akteure, deren Einbindung in die Entscheidungsprozesse der Gemeinschaft sich immer mehr als eine Voraussetzung für den Erfolg dieser Prozesse und die Akzeptanz der Regeln erweist. Die Herausbildung verknüpfter Politikarenen mit mehreren Integrationskernen verpflichtet dazu, von der Mentalität der zentralen Steuerung in Brüssel definitiv Abschied zu nehmen (Oberender 2001: 47). Das würde zugleich bedeuten, endlich auf die generelle Einführung von Mehrheitsbeschlüssen und auf die Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen auf die Organe der Union zu verzichten. Da langfristig im institutionellen System der EU die Staaten politisch dominant bleiben werden, sind diese auch gefordert, innovative Abstimmungsprozeduren zu entwickeln, die eine tragfähige Konsensbildung zwischen den einzelnen Akteuren erlauben.

Voraussetzungen der politischen Union sind die Offenheit der nationalen Systeme und eine eigene Regelungskompetenz der Institutionen und der politischen Akteure. Dieses Konzept eignet sich besonders zur Vertiefung des europäischen Demokratiemodells, da es die Vielfalt der öffentlichen und privaten Entscheidungszentren berücksichtigt. In diesem Konzept wird auch darauf hingewiesen, wie wichtig Legitimität für die Mitwirkung der Bürger und die Berücksichtigung der geographischen, kulturellen und sprachlichen Unterschiede ist. Ein solches entwicklungs-offenes Konzept wäre auch die Chance für die Kandidatenländer aus Mittel- und Osteuropa, die in diesem Fall nicht gezwungen wären, die westeuropäischen Muster obligatorisch zu übernehmen. Auch wenn der Nationalstaat langfristig der unverzichtbare Ankerpunkt in einem Mehrebenensystem bleibt, wäre eine klarere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den regionalen, nationalstaatlichen und Unionsebenen wünschbar. Innerhalb dieser Ebenen entfaltet sich Politik, deren Aufgabe es wäre, die Kontakte mit anderen Politikebenen zu knüpfen (vgl. Gehring 2000: 77–112).

Ein Mehrebenensystem, geprägt von verschiedenen Identitäten und Entwicklungsgeschwindigkeiten, sollte das alleinige Kriterium für die Beitrittsentscheidung der osteuropäischen Kandidatenländer sein. Dies bedarf der institutionellen Absicherung und einer inneren demokratischen Verfassung. Die Menschen im ehemaligen Ostblock reagieren allergisch gegen jeden Versuch, ihnen einen fremden Willen aufzuzwingen. In diesem Zusammenhang muss

gerade in Ostmitteleuropa ein politisches Phänomen volle Aufmerksamkeit finden: das wachsende Selbstbewusstsein bislang unterdrückter Volksgruppen, die nun ihr Recht auf Selbstbestimmung geltend machen. Dadurch sollte ein zu großer Einfluss der EU auf die nationalen Belange eingedämmt werden. Der Maßstab wäre dann nicht die möglichst fleißige Übernahme des westeuropäischen Modells, sondern die authentische Demokratisierung in Übereinstimmung mit der Geschichte und der Kultur des jeweiligen Beitrittslandes.

Fazit

Der Osterweiterungsprozess der Europäischen Union ist aus wirtschaftlicher und politischer, aber insbesondere sozialer Perspektive problematisch und riskant. Dieser Prozess ist ein Vorgang, der vor allem durch die politischen Eliten mit selten optimalen Lösungen ausgehandelt wird. Das Hauptproblem der Osterweiterung besteht im Entwicklungsgefälle zwischen West- und Mitteleuropa und in der völlig ungenügenden Ausgestaltung ihrer sozialen Dimension.

Angesichts der ungelösten Probleme wird deutlich, wie fragwürdig und umstritten es ist, westeuropäische Muster auf Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der MOEL blind zu übertragen. Andererseits ist die Europäische Union selbst in einem Umbruch, wichtige institutionelle Veränderungen stehen aus und eine substanzielle, demokratische und soziale Reform der EU, wie sie für die Osterweiterung notwendig wäre, wird dauernd hinausgeschoben. Die Größe der Aufgaben und Herausforderungen im bisherigen Modus der Osterweiterung scheint schlicht nicht zu bewältigen zu sein.

Der EU-Beitritt der MOEL verursacht indirekt den Abschied von der Idee eines europäischen Bundesstaates und verlangt eine Neuorientierung des politischen Systems der Union mit mehreren Politikebenen. Eine solche institutionelle Neugestaltung kann helfen, die beitriftswilligen Länder als gleichberechtigte Mitglieder in absehbarer Zeit in die EU vollständig zu integrieren.

Dr. Miroslaw Matyja ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Universitätsbibliothek in Bern.

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Ulrike, 2001: Ein samtener Vorhang vor der Osterweiterung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, Nr. 15, 3–5.
- Brusis, Martin, 2001: Europäische und nationale Identität in den Beitrittsdiskursen Mittel- und Osteuropas, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 14, H. 4: Der EU-Koloss: demokratiefreie Zone, 53–60.
- Gehring, Thomas, 2000: Die Bedeutung spezialisierter Entscheidungsprozesse für die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union, in: Grande, Edgar/Jachtenfuchs, Markus

- (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden, S. 77–112.
- Grande, Edgar/Jachtenfuchs, Markus (Hrsg.), 2000: Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden.
- Heitzer-Susa, Elke, 2001: Die ökonomische Dimension der EU-Osterweiterung, Baden-Baden.
- Langewiesche, Renate/Tóth, András (Hrsg.), 2002: Die Einheit Europas. Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension der EU-Erweiterung, Münster.
- Laws, Carmen, 2001: Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union – eine institutionenökonomische Analyse am Beispiel der Agenda 2000, Regensburg.
- Matyja, Miroslaw, 2002: Probleme der Osterweiterung, in: Europäische Zeitung, Nr. 7, 8.
- Mayer, Otto G./Scharrer, Hans-Eckart (Hrsg.), 1997: Osterweiterung der Europäischen Union: sind die mittel- und osteuropäischen Länder und die EU reif für die Erweiterung? Baden-Baden.
- Nutzinger, Hans G. (Hrsg.), 2000: Osterweiterung und Transformationskrisen, Berlin.
- Oberender, Peter O. (Hrsg.), 2001: Osterweiterung der EU und Transformation als Herausforderungen, Bayreuth.
- Regulska, Joanna, 2001: Vergeschlechtliche Integration in Europa, neue Formen der Exklusion, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 1 Gender in Transition 11, 51–62.
- Sterbling, Anton, 2001: Intellektuelle, Eliten, Institutionenwandel. Untersuchungen zu Rumänien und Südosteuropa, Hamburg.
- Watson, P., 2000: Politics, policy and identity: EU eastern enlargement and East-West differences, in: Journal of European Public Policy, vol. 7, no. 3, 369–384.
- Zarnowski, Janusz, 1996–97: Die polnische politische Elite (1914–1939), in: Colloquia. Journal of Central European History, vol. III–IV, no. 1–2, 264–274.